

## Drittbewerber bei US-Präsidentswahlen: chancenlos, aber wahlentscheidend?

Manuel Franz und Florian Gaweihns

Die Schwäche amerikanischer Drittparteien<sup>1</sup> geht mit einer weltweit nahezu einzigartigen Langlebigkeit und Dominanz der beiden großen Parteien einher. Auch nach mehr als 150 Jahren Demokratisch-Republikanischer Vorherrschaft findet sich unter den Gouverneuren der 50 Bundesstaaten derzeit lediglich ein unabhängiger Kandidat: *Bill Walker* in Alaska. Trotz einer Vielfalt an verschiedenen Kleinparteien auf lokaler und regionaler Ebene sind die Senatoren *Bernie Sanders* aus Vermont und *Angus King* aus Maine die einzigen parteiunabhängigen Mitglieder im Kongress – beide gehören jedoch dem Democratic Caucus an.<sup>2</sup>

Eine Dichotomie im politischen Spektrum lässt sich bis in die Gründungsphase der amerikanischen Republik zurückverfolgen. Seitdem hat es immer wieder Kritik am amerikanischen Zweiparteiensystem gegeben, manifestiert sich doch im Duopol der Demokraten und Republikaner der vermeintliche Mangel an Alternativen: „There's not a dime's worth of difference between Democrats and Republicans“, gab der Präsidentschaftsbewerber der American Independent Party, *George Wallace*, den Wählern im Jahr 1968 zu bedenken.<sup>3</sup> Obwohl sich angesichts der zwischenzeitlich erfolgten ideologischen Polarisierung zwischen den beiden Großparteien heute wohl nur wenige Kenner des politischen Systems der Vereinigten Staaten diesem Urteil anschließen würden<sup>4</sup>, lässt sich ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber den großen gesellschaftlichen Institutionen im Allgemeinen<sup>5</sup> und dem Zweiparteiensystem im Besonderen feststellen: Im September 2015 meinten 60 Prozent der US-Bürger, dass es eine dritte Partei bräuchte, um die Repräsentationsdefizite von Demo-

- 1 Wenn im Folgenden von „Drittbewerbern“ gesprochen wird, so sind Kandidaten außerhalb der Demokratischen und Republikanischen Partei gemeint – unabhängig davon, ob sie als unabhängige Kandidaten oder Vertreter kleinerer Parteien antraten.
- 2 Der zunächst als Demokrat, später als Unabhängiger gewählte *Gregorio Sablan* ist als Delegierter der Nördlichen Marianen im Repräsentantenhaus nicht stimmberechtigt.
- 3 Zitiert nach *Joshua C. Yesnowitz*, American Independent Party, in: *Kenneth F Warren* (Hrsg.), Encyclopedia of U.S. Campaigns, Elections and Electoral Behavior, London 2008, S. 30 – 32, S. 30.
- 4 Fanden sich in der Mitte des 20. Jahrhunderts noch in beiden Großparteien substantielle linke und rechte Flügel, so verstehen sich die Demokraten heute klar als linksliberal und die Republikaner klar als konservativ. Diese ideologische Konsolidierung vollzog sich für die Demokraten vor allem als Folge der Bürgerrechtspolitik der 1960er Jahre mit dem Wegfall ihrer konservativen Hochburgen in den Südstaaten. Bei den Republikanern wiederum verlor der liberale Flügel nach *Barry Goldwaters* konservativer Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 1964 rapide an Einfluss. Mit zunehmender ideologischer Kohärenz wurden die politischen Schnittmengen zwischen beiden Parteien kleiner und die Polarisierung größer; siehe *Nolan McCarty*, The Policy Effects of Political Polarization, in: *Paul Pierson / Theda Skocpol* (Hrsg.), The Transformation of American Politics, Princeton 2007, S. 223 – 255.
- 5 Vgl. *Jim Norman*, Americans' Confidence in Institutions Stays Low, in: Gallup vom 13. Juni 2016, <http://www.gallup.com/poll/192581/americans-confidence-institutions-stays-low.aspx> (Abruf am 16. November 2016).

kraten und Republikanern zu beheben<sup>6</sup>; gleichzeitig ist die Zahl derer, die sich als Unabhängige bezeichnen, auf einem Langzeithoch.<sup>7</sup>

Unter diesen Bedingungen betrachteten viele Beobachter das Wahljahr 2016, das von zwei Kandidaten geprägt war, deren Unpopulärheit historische Ausmaße annahm<sup>8</sup>, als besonders chancenreich für Drittbewerber. Außer *Hillary Clinton* und *Donald Trump* hatten drei Kandidaten eine realistische Chance auf substanzelle Stimmenanteile: *Gary Johnson* von der Libertarian Party, *Jill Stein* von der Green Party und der spät ins Rennen gestartete unabhängige Kandidat *Evan McMullin*. Zu Beginn der Republikanischen Vorwahlen<sup>9</sup> wurde zunächst noch spekuliert, ob *Trump* im Falle seines Scheiterns selbst als unabhängiger Kandidat antreten und so *Clinton* den Sieg garantieren würde. In der Öffentlichkeit wurde außerdem eine mögliche Kandidatur des Milliardärs und früheren Bürgermeisters von New York City, *Michael Bloomberg*, diskutiert. *Bloomberg* selbst schloss dies im März 2016 jedoch aus. Er entschied sich später dazu, *Clinton* seine Empfehlung auszusprechen.<sup>10</sup>

Tatsächlich konnten Drittbewerber bei der Präsidentschaftswahl am 8. November 2016 fast dreimal so viele Stimmen auf sich vereinigen wie vier Jahre zuvor. Allerdings muss es angesichts der vermeintlich günstigen Voraussetzungen überraschen, dass es trotz *Johnsons* Achtungserfolg – er war der erfolgreichste Kandidat außerhalb der beiden großen Parteien seit 1996 – kein Drittbewerber über niedrige einstellige Ergebnisse hinausschaffte. Im Folgenden sollen daher zunächst die institutionellen Hürden betrachtet werden, die Kandidaten außerhalb des Zweiparteiensystems nur geringe Chancen im Präsidentschaftsrennen lassen. Im Anschluss erfolgt ein historischer Rückblick auf die Erfolgsfaktoren, die bei früheren Präsidentschaftswahlen signifikante Stimmenanteile für Drittbewerber ermöglichten. Dabei wird deutlich, dass Kandidaten außerhalb des Duopols der beiden Großparteien vor allem dann reüssierten, wenn es sich um landesweit bekannte Persönlichkeiten handelte, die sich auf einer polarisierten politischen Konfliktlinie klar positionierten und gegen einen amtierenden Präsidenten antraten. Die Analyse gewährt Rückschlüsse darauf, weshalb es 2016 weder *Johnson* noch *Stein* oder *McMullin* gelang, zwei außerordentlich unpopulären Kandidaten mehr Stimmen abzunehmen.

- 6 Für 2015 vgl. *Justin McCarthy*, Majority in U.S. Maintain Need for Third Major Party, in: Gallup vom 25. September 2015, [http://www.gallup.com/poll/185891/majority-maintain-need-third-major-party.aspx?g\\_source=position4&g\\_medium=related&g\\_campaign=tiles](http://www.gallup.com/poll/185891/majority-maintain-need-third-major-party.aspx?g_source=position4&g_medium=related&g_campaign=tiles) (Abruf am 15. Oktober 2016).
- 7 Vgl. *Samantha Smith*, 5 Facts About America's Political Independents, in: Pew Research Center vom 5. Juli 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/07/05/5-facts-about-americas-political-independents/> (Abruf am 3. November 2016).
- 8 Ein negatives Bild von *Clinton* hatten gut zwei Monate vor der Wahl 56 Prozent der Befragten, von *Trump* 63 Prozent. Vgl. *Aaron Blake*, A Record Number of Americans Now Dislike Hillary Clinton, in: The Washington Post vom 30. August 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/08/31/a-record-number-of-americans-now-dislike-hillary-clinton/> (Abruf am 28. Oktober 2016). Zur Analyse der Präsidentschaftswahl vgl. den Beitrag von *Bernhard Korneliaus* in diesem Heft der ZParl.
- 9 Zu den Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner wie auch der Demokraten vgl. den Beitrag von *Torben Lütjen* in diesem Heft der ZParl.
- 10 Die Washington Post nennt *Donald Trump* aufgrund seines Erfolgs gegen das Partei-Establishment „America's first independent president“, vgl. *Dan Balz*, Donald Trump, America's First Independent President, in: The Washington Post vom 19. November 2016, [https://www.washingtonpost.com/politics/donald-trump-americas-first-independent-president/2016/11/19/b09e1cc6-ade2-11e6-8b45-f8e493f06fc\\_story.html?tid=pm\\_pop](https://www.washingtonpost.com/politics/donald-trump-americas-first-independent-president/2016/11/19/b09e1cc6-ade2-11e6-8b45-f8e493f06fc_story.html?tid=pm_pop) (Abruf am 20. November 2016).

### 1. Institutionelle Hürden für Drittbewerber

Drittbewerber bei Präsidentschaftswahlen sind einer Reihe von institutionellen Hürden ausgesetzt, die ihnen Wahlerfolge deutlich erschweren. Der in diesem Zusammenhang wohl bedeutendste Faktor ist das amerikanische Wahlsystem selbst. Die Annahme, dass die relative Mehrheitswahl zu Zweiparteiensystemen führt, gilt heute, trotz ihres empirisch widerlegten Determinismus, als politikwissenschaftliche Binsenweisheit. Das Electoral College als besondere Form der föderal gestuften Mehrheitswahl führt diese Logik auf eine neue Ebene. Der Prämissen des „winner takes it all“ folgend, gehen in der Regel alle Wahlmänner eines Bundesstaates an den dort stimmenstärksten Kandidaten; für andere Bewerber abgegebene Wählerstimmen werden nicht weiter berücksichtigt. Viele Bürger antizipieren beim Urnengang, dass nur der Kandidat von Demokraten oder Republikanern eine realistische Chance auf den Sieg in ihrem Bundesstaat hat. Dies stellt eine nicht zu unterschätzende psychologische Hürde dar: „Third party voters must be willing to support candidates who they know have no chance of winning.“<sup>11</sup> So wird Drittbewerbern immer wieder vorgeworfen, sie würden als „spoiler“ fungieren – also die Wahl zugunsten eines Kandidaten, der als die weniger wünschenswerte Alternative gilt, entscheiden. Als häufig angeführtes Beispiel hierfür gilt *Ralph Nader*, der als Kandidat der Grünen im Jahr 2000 eine entscheidende Rolle im Bundesstaat Florida und damit für den umstrittenen Wahlausgang spielte.<sup>12</sup> Um ihre Stimme nicht zu verschwenden und so indirekt dem weniger präferierten Kandidaten der beiden Großparteien einen Vorteil zu verschaffen, entscheiden sich viele Wähler für „das kleinere Übel“ – selbst wenn sie einen Drittbewerber eigentlich bevorzugen würden. Dieses strategische Vorgehen führt nicht zuletzt dazu, dass „third party candidates“ am Wahltag in der Regel schlechter abschneiden, als die Meinungsumfragen im Vorfeld haben vermuten lassen.<sup>13</sup>

Häufig scheitern die Präsidentschaftsambitionen von Drittbewerbern allerdings bereits lange vor dem eigentlichen Wahltag. Für sie stellt es eine enorme logistische Herausforderung dar, überhaupt auf dem Stimmzettel aufgeführt zu werden. Da das Abhalten von Wahlen verfassungsrechtlich in den Kompetenzbereich der Bundesstaaten fällt, gibt es selbst bei den landesweit veranstalteten Präsidentschaftswahlen keine einheitlichen Standards – jeder Staat entscheidet autonom über die Regularien, die den „ballot access“, die Zulassung zur Wahl, normieren. Erforderliche Unterstützerunterschriften und Anmeldefristen variieren teilweise erheblich. So benötigte man bei der Präsidentschaftswahl 2016 im bevölkerungsreichen New Jersey etwa nur 800 Unterschriften, die bis zum 1. August eingereicht werden mussten, während im deutlich dünner besiedelten New Mexico mehr als 15.000 Unterstützerunterschriften zum Stichtag 30. Juni erforderlich waren. Während die Kandidaten der beiden Großparteien aufgrund ihres starken Abschneidens in der vorangegangenen Wahl auf dem Stimmzettel gesetzt sind, scheitern selbst gut organisierte Drittbe-

11 Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus, *Third Parties in America. Citizen Response to Major Party Failure*, Princeton 1984, S. 18.

12 Siehe Barry C. Burden, *Ralph Nader's Campaign Strategy in the 2000 U.S. Presidential Election*, in: *American Politics Research*, 33. Jg. (2005), H. 5, S. 672 – 699.

13 Vgl. John F. Bibby / L. Sandy Maisel, *Two Parties – Or More? The American Party System*, Boulder 2003, S. 60 ff.; Patrick Hummel, *Pre-Election Polling and Third Party Candidates*, in: *Social Choice and Welfare*, 42. Jg. (2014), H. 1, S. 77 – 98, S. 77 ff.; Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus, a.a.O. (Fn. 11), S. 16 ff.

werber immer wieder an den teils restriktiven Bestimmungen, die eine flächendeckende Organisationsstärke in allen Landesteilen voraussetzen.<sup>14</sup> Zwar besteht in vielen Bundesstaaten die Möglichkeit, den Namen des Wunschkandidaten im Zuge des „write-in“ per Hand auf dem Stimmzettel einzutragen; dies setzt aber ein Maß an Informiertheit voraus, das nur wenige Wähler aufweisen.<sup>15</sup>

Auch die Wahlkampffinanzierung stellt viele Drittbewerber vor große Herausforderungen. Während Demokraten und Republikaner die enormen Kosten eines Präsidentschaftswahlkampfs hauptsächlich über (Groß-)Spenden tragen, haben kleinere Parteien und Unabhängige in der Regel Probleme, ausreichend hohe Summen zu akquirieren. Sofern sie nicht das nötige Eigenkapital aufwenden können, sind öffentliche Gelder die attraktivste Finanzierungsoption für Drittbewerber. Der in den 1970ern implementierte Federal Election Campaign Act sieht vor, dass Präsidentschaftskandidaten öffentliche Gelder für ihre Kampagne erhalten können, wenn sie sich an eine Reihe von Vorgaben halten. Auf die staatliche Wahlkampffinanzierung haben jedoch nur diejenigen Kandidaten ein Anrecht, deren Partei bei der vorherigen Präsidentschaftswahl auf einen bundesweiten Wähleranteil von mindestens fünf Prozent gekommen ist.<sup>16</sup> Wird dieser für amerikanische Verhältnisse recht hoch ange setzte Grenzwert nicht erreicht, muss auf öffentliche Gelder verzichtet werden. Seit dem guten Abschneiden Ross Perots und seiner Reform Party im Jahr 1996 ist es keiner Drittpar tei mehr gelungen, sich für die staatliche Wahlkampffinanzierung zu qualifizieren.<sup>17</sup>

Ein weiterer Faktor, der es Drittbewerbern erschwert zu reüssieren, ist die geringe Aufmerksamkeit, die ihnen in der medialen Berichterstattung zukommt. Im amerikanischen Politjournalismus, der sich insbesondere bei Präsidentschaftswahlen auf das so genannte Pferderennen, das „horse race“ zwischen den Kandidaten von Demokraten und Republikanern, konzentriert, kommen kleinere Parteien kaum vor. So ist vielen Wählern häufig gar nicht bewusst, dass sie die Wahl zwischen mehr als zwei Alternativen haben. Um die Bekanntheit eines Bewerbers zu steigern, kommt insbesondere den traditionellen TV-Debatten zwischen den Präsidentschaftskandidaten besondere Bedeutung zu. Als eines der größten Medienereignisse im Wahlkampf bieten sie eine einmalige Gelegenheit, Person und Programm einem Millionenpublikum vorzustellen. Die Organisation der TV-Debatten obliegt seit 1987 der Commission on Presidential Debates (CPD) – einer formell neutra-

14 Zwar haben sich mit der Verbreitung internetbasierter Partizipationsformen auch die Möglichkeiten für Drittbewerber verbessert, signifikante Mobilisierungseffekte mit geringem Aufwand zu erzielen, doch gleichzeitig ist der finanzielle Aufwand für landesweite Wahlkampagnen gestiegen. Vgl. *William Storey*, US Government and Politics, Edinburgh 2010, S. 209.

15 Vgl. *Ronald B. Rapoport*, Winning isn't Everything. Third Parties and the American Two-Party System, in: *L. Sandy Maisel / Jeffrey M. Berry* (Hrsg.), The Oxford Handbook of American Political Parties and Interest Groups, Oxford 2010, S. 222 – 242, S. 226 – 230; *Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus*, a.a.O. (Fn. 11), S. 19 – 25. Siehe außerdem Ballotpedia, Ballot Access for Presidential Candidates, [https://ballotpedia.org/Ballot\\_access\\_for\\_presidential\\_candidates](https://ballotpedia.org/Ballot_access_for_presidential_candidates) (Abruf am 18. November 2016).

16 Drittparteien und unabhängige Kandidaten können auch rückwirkend öffentliche Gelder erhalten, wenn sie bei der betreffenden Wahl mindestens fünf Prozent des „popular vote“ auf sich vereinigt haben.

17 Vgl. *John F. Bibby / L. Sandy Maisel*, a.a.O. (Fn. 13), S. 64 – 66; *Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus*, a.a.O. (Fn. 11), S. 25 – 33. Siehe außerdem Federal Election Commission, Public Funding of Presidential Elections, <http://www.fec.gov/pages/brochures/pubfund.shtml> (Abruf am 11. November 2016).

len, aber personell von den beiden Großparteien dominierten Institution. Aufgrund ihrer Zusammensetzung aus Demokraten und Republikanern wird der CPD häufig vorgeworfen, sie benachteilige andere Kandidaten auf unfaire Weise und unterbinde damit Alternativen im politischen Prozess. Die aktuellen Statuten der Kommission lassen nur Präsidentschaftsbewerber zur Debatte zu, die es in einer ausreichend großen Zahl von Bundesstaaten auf den Wahlzettel geschafft haben, um theoretisch eine absolute Mehrheit im Electoral College auf sich vereinigen zu können. Zudem darf nur teilnehmen, wessen Durchschnittswert aus fünf aktuellen Meinungsumfragen mindestens 15 Prozent des bundesweiten Wählerstimmenanteils entspricht. Gerade Letzteres ist in der Regel ein Ausschlusskriterium für Drittbewerber. So hat es seit Perot kein „third party candidate“ mehr geschafft, derartige demoskopische Höhen zu erreichen. Dies wiederum liegt auch daran, dass viele Meinungsforschungsinstitute die Befragten lediglich vor eine binäre Wahl zwischen dem Demokratischen und dem Republikanischen Kandidaten stellen. Auf diese Weise entsteht eine Negativspirale aus mangelnder medialer Berichterstattung, geringer nationaler Bekanntheit und ausbleibendem Erfolg in den Wahlumfragen, die es Drittbewerbern erschwert, das so dringend benötigte Momentum zu generieren.<sup>18</sup>

Schließlich bleibt auch die programmatiche Flexibilität der beiden Großparteien ein entscheidender Grund für den ausbleibenden Erfolg von Drittparteien. Zwar folgen Demokraten und Republikaner ideologischen Grundprinzipien und sind insbesondere in den letzten Jahrzehnten weltanschaulich homogener geworden; eine pragmatische Tendenz zur Kooptierung neuer politischer Strömungen ist aber nach wie vor erkennbar. Beide bemühen sich traditionell darum, potentielle Konkurrenz im Parteiensystem möglichst frühzeitig zu entschärfen, indem sie deren Themen adaptieren. So führen – anders als in vielen west-europäischen Demokratien – neu aufkommende Bewegungen in der Regel nicht zur Formierung erfolgreicher neuer Parteien, sondern zur Thematisierung dieser Fragen in den bestehenden Strukturen.<sup>19</sup>

## 2. Von Roosevelt bis Perot: Bedeutende Drittbewerber im 20. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert waren Erfolge von Drittparteien noch ein verhältnismäßig häufig auftretendes Phänomen. Niedrige Wahlzulassungshürden und fluide demographische Milieus ermöglichten ihnen immer wieder bemerkenswerte Erfolge auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene. 1860 gelang es den erst wenige Jahre zuvor gegründeten Republikanern und ihrem Kandidaten *Abraham Lincoln* gar, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen und sich langfristig als dominante Kraft im amerikanischen Parteiensystem zu etablieren. Das „golden age of minor party success“<sup>20</sup> endete erst mit einer Reihe von Wahlrechtsreformen in den 1890er Jahren, die die institutionellen Voraussetzungen für Drittparteien deutlich ver-

18 Vgl. *John F. Bibby / L. Sandy Maisel*, a.a.O. (Fn. 13), S. 67 – 70; *Kevin T. Jones*, The Role of Televised Debates in the U.S. Presidential Election Process (1960 – 2004), New Orleans 2005, S. 25 – 49. Siehe außerdem The Commission on Presidential Debates, An Overview, <http://debates.org/index.php?page=overview> (Abruf am 24. November 2016).

19 Vgl. *Michael S. Lewis-Beck / William G. Jacoby / Helmut Norpoth / Herbert F. Weisberg*, The American Voter Revisited, Ann Arbor 2008, S. 421.

20 *Kevin A. Pirch*, The Others. Third Party Presidential Candidates and the Elite Print Media, Dissertation an der University of Oregon 2004, S. 13.

schärfsten.<sup>21</sup> In der „Progressive Era“ führten viele Bundesstaaten Vorwahlen bei der Kandidatenaufstellung für kommunale und regionale Ämter ein, um Postenpatronage zu unterbinden und damit die als korrupt verschrienen „Parteibosse“ zu entmachten. In der Folge entfiel für Anti-Establishment-Politiker der Anreiz, auf Drittparteien auszuweichen, da ihre Kandidatur für eine der beiden aussichtsreichen Großparteien nicht länger durch Hinterzimmer-Deals verhindert werden konnte. Zudem wurden erstmals offiziell autorisierte Stimmzettel eingeführt, die unter staatlicher Ägide erstellt, gedruckt und ausgegeben wurden. Die je nach Bundesstaat variierenden Zulassungsvoraussetzungen stellten schon damals eine nicht zu unterschätzende bürokratische Hürde für Kleinparteien dar – zumal die für die Wahlausübung zuständigen Amtsträger der beiden Großparteien häufig dafür Sorge trugen, die jeweiligen Regularien besonders restriktiv auszulegen. So verwundert es nicht, dass die Konsolidierung des Zweiparteiensystems in die Zeit um die Jahrhundertwende fiel.<sup>22</sup>

Im 20. Jahrhundert ging die Bedeutung von Drittparteien entsprechend deutlich zurück. Zwar konnten ihre Kandidaten noch vereinzelt Siege bei Gouverneurs- und Kongresswahlen verzeichnen; bei Präsidentschaftswahlen erwies sich das in den 1850er Jahren entstandene Duopol aus Demokraten und Republikanern jedoch als bemerkenswert beständig. So ist es bis heute keinem „third party candidate“ mehr gelungen, ins Weiße Haus einzuziehen. Dennoch gab es in den letzten 120 Jahren durchaus eine Reihe von vergleichsweise erfolgreichen Drittbewerbern: Bei den 30 Präsidentschaftswahlen, die zwischen 1896 und 2012 stattfanden, schnitten „third party candidates“ siebenmal relativ erfolgreich ab (vgl. Tabelle 1). Von einem relativen Wahlerfolg kann gesprochen werden, wenn ein Drittbewerber mehr als fünf Prozent der bundesweit abgegebenen Wählerstimmen – das „popular vote“ – erhalten oder mindestens einen Bundesstaat gewonnen hat.<sup>23</sup> Bei den im Folgenden näher betrachteten Fallbeispielen – den Urnengängen von 1912, 1924, 1968 und 1992 – handelt es sich um die vier Präsidentschaftswahlen, bei denen Drittbewerber einen bundesweiten Stimmenanteil von mindestens zehn Prozent auf sich vereinigt und damit ein besonders herausragendes Ergebnis erzielt haben.<sup>24</sup>

Die Präsidentschaftswahl von 1912 steht bis heute für den größten Erfolg eines Drittbewerbers in der amerikanischen Geschichte. *Theodore Roosevelt*, dem populären US-Präsidenten von 1901 bis 1909, war es trotz einer Reihe von beeindruckenden Vorwahl-Siegen nicht gelungen, sich auf der Republican National Convention die Nominierung seiner Par-

21 Shigeo Hirano und James M. Snyder widersprechen der in der Forschungsliteratur weit verbreiteten These, dass die wahlrechtlichen Reformen der „Progressive Era“ ursächlich für den Niedergang der Drittparteien seien. Ihrer Ansicht nach habe vielmehr die Adaption wohlfahrtsstaatlicher Policies durch die Demokraten zu einer Marginalisierung der häufig im linken Spektrum verorteten Drittparteien geführt; siehe Shigeo Hirano / James M. Snyder, The Decline of Third-Party Voting in the United States, in: *The Journal of Politics*, 69. Jg. (2007), H. 1, S. 1 – 16.

22 Vgl. Daniel A. Mazmanian, Third Parties in Presidential Elections, Washington 1974, S. 89 – 91; Leon D. Epstein, Political Parties in the American Mold, Madison 1986, S. 131 f.; Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus, a.a.O. (Fn. 11), S. 19 – 25.

23 In der Literatur werden diese beiden Kriterien ganz überwiegend zu Grunde gelegt, um relative Wahlerfolge von Drittbewerbern zu identifizieren. Vgl. beispielsweise Steven J. Rosenstone / Roy L. Behr / Edward H. Lazarus, a.a.O. (Fn. 11), S. 4; Ronald B. Rapoport, a.a.O. (Fn. 15), S. 224.

24 Der für die Auswahl der Fallbeispiele vertretene Ansatz, zehn Prozent als Signifikanzgrenze anzusetzen, entspricht dem Median aus den Grenzwerten für eine Berücksichtigung bei der staatlichen Wahlkampffinanzierung (fünf Prozent) und bei der traditionellen TV-Debatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten (15 Prozent).

**Tabelle 1: Drittbewerber bei Präsidentschaftswahlen, die einen bundesweiten Stimmenanteil von mindestens fünf Prozent erreicht oder mindestens einen Bundesstaat gewonnen haben (1896 bis 2012)**

Kandidat	Partei	Jahr	Stimmenanteil (in %)	Wahlmänner- stimmen
<b>Ross Perot</b>	Reform	1996	8,4	0
<b>Ross Perot</b>	<b>Unabhängig</b>	<b>1992</b>	<b>18,9</b>	<b>0</b>
<i>John B. Anderson</i>	Unabhängig	1980	6,6	0
<b>George C. Wallace</b>	<b>American Independent</b>	<b>1968</b>	<b>13,5</b>	<b>46</b>
<i>Strom Thurmond</i>	States' Rights/Democratic	1948	2,4	39
<b>Robert M. La Follette</b>	<b>Progressive (1924)</b>	<b>1924</b>	<b>16,6</b>	<b>13</b>
<i>Eugene V. Debs</i>	Socialist	1912	6,0	0
<b>Theodore Roosevelt</b>	<b>Progressive (1912)</b>	<b>1912</b>	<b>27,4</b>	<b>88</b>

Anmerkung: Die im Folgenden behandelten Fälle sind fett gedruckt.

Quelle: Leicht verändert aus Birgit Oldopp, Das politische System der USA – Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 119; Karen O'Connor / Larry J. Sabato, American Government – Continuity and Change, New York 2000, S. 476.

tei für eine dritte Amtszeit zu sichern.<sup>25</sup> Stattdessen setzte die Grand Old Party (GOP) auf den amtierenden Präsidenten William H. Taft, den Roosevelt vier Jahre zuvor noch selbst zu seinem Nachfolger auserkoren hatte. Mittlerweile hatten die beiden Politiker miteinander gebrochen und repräsentierten unterschiedliche Flügel der Partei: *Taft* galt als Vertreter des konservativen Establishments und der wirtschaftlichen Elite des Nordostens, während der progressive und volksnah auftretende *Roosevelt* vor allem im Westen überaus beliebt war. Angesichts der sich abzeichnenden Abstimmungsniederlage verließ der frühere Präsident den Republikanischen Parteitag unter Protest und gründete mit seinen zahlreichen Anhängern eine neue politische Kraft: die Progressive Party. Programmatisch orientierte sich die Partei ganz an der Reformagenda ihres charismatischen Kandidaten. *Roosevelt*, der sich in seiner Regierungszeit mit dem Kampf gegen die Monopole der Großkonzerne profiliert hatte, positionierte sich als entschiedener Verfechter des amerikanischen Wohlfahrtsstaates. Das parteipolitische Schisma der Republikaner führte am Wahltag zu einer Aufspaltung ihrer heterogenen Wählerkoalition und trug so maßgeblich zum Sieg der Demokraten und ihres Kandidaten Woodrow Wilson bei. *Wilson* reichten 41,8 Prozent der bundesweit abgegebenen Stimmen, um 40 Bundesstaaten und 435 von 531 Wahlmännern zu gewinnen. Auf *Roosevelt* entfielen 27,4 Prozent des „popular vote“ und 88 Stimmen im Electoral College, während *Taft* lediglich 23,2 Prozent und acht Wahlmänner auf sich vereinigen konnte.<sup>26</sup> Der Urnengang von 1912 ist bis heute die einzige Präsidentschaftswahl, bei der es für einen Kandidaten der beiden etablierten Großparteien nur für den dritten Platz in der bundesweiten Wählergunst reichte.<sup>27</sup>

25 Vor dem 22. Verfassungszusatz, der 1951 ratifiziert wurde, waren mehr als zwei Amtszeiten für US-Präsidenten zwar verpönt, aber rechtlich zulässig.

26 Auf *Eugene V. Debs*, den Kandidaten der Socialist Party, entfielen zudem sechs Prozent des „popular vote“ – das beste Wahlergebnis für einen Sozialisten in der amerikanischen Geschichte.

27 Vgl. Claire Delahaye, The New Nationalism and Progressive Issues. The Break with Taft and the 1912 Campaign, in: Serge Ricard (Hrsg.), A Companion to Theodore Roosevelt, Malden 2011,

Zwölf Jahre nach *Theodore Roosevelt*s bemerkenswertem Abschneiden trat ein weiteres Mal ein Drittbewerber unter dem Banner des Progressivismus in den Kampf ums Weiße Haus ein: Bei der Präsidentschaftswahl 1924 kandidierte *Robert M. La Follette* als Kandidat eines sozialreformerischen Bündnisses. Der langjährige Senator aus Wisconsin galt als Wortführer des linken Flügels der GOP, der nach der Niederlage von 1912 in den Schoß der Mutterpartei zurückgekehrt war. Während der Nachkriegsrezession der frühen 1920er Jahre waren viele progressiv gesinnte Bürger unzufrieden mit der Amtsführung des konservativen Republikanischen Präsidenten *Calvin Coolidge*, der auf Laissez-Faire in der Wirtschaftspolitik setzte. Im Vorfeld der anstehenden Wahl schlossen sich mehrere linke Gruppierungen – darunter die Socialist Party – zusammen und einigten sich auf den bundesweit bekannten *La Follette* als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Zum parteipolitischen Vehikel dieses Vorhabens wurde eine neue Progressive Party, deren Programmatik 1924 deutlich populistischer ausfiel als die der namensgleichen Formation von 1912. So forderte man nicht nur die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und eine massive Subventionierung des Agrarsektors, sondern trat auch für die Verstaatlichung des Eisenbahnnetzes ein. Hinzu kam, dass die Partei für eine Einschränkung der Kompetenzen des Supreme Courts warb, was *La Follettes* Gegner zum Anlass nahmen, ihn und seine Anhängerschaft als gefährliche Radikale zu porträtieren. Letztlich konnte der Senator mit 16,6 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg verzeichnen, gewann aber lediglich die 13 Wahlmänner seines Heimatstaats Wisconsin. *La Follette* gelang es, mit seiner auf Agrar- und Arbeiterinteressen ausgerichteten Kampagne vor allem im Westen zu punkten. Dort verwies er den Kandidaten der Demokraten, *John W. Davis*, in vielen Bundesstaaten auf den dritten Platz. *Davis*, der dem konservativen Flügel seiner Partei zugerechnet wurde und daher keine klare Alternative zum Republikanischen Amtsinhaber bot, gewann lediglich 28,8 Prozent des „popular vote“ und 136 von 531 Stimmen im Electoral College. Eindeutiger Sieger der Wahl war Präsident *Coolidge*, der mit 54 Prozent der Stimmen und 382 Wahlmännern wiedergewählt wurde.<sup>28</sup>

Während das gute Abschneiden der beiden progressiven Formationen von 1912 und 1924 noch weitgehend auf der Strahlkraft ihrer bundesweit bekannten Präsidentschaftskandidaten fußte, stand der relative Erfolg des Drittbewerbers von 1968 ganz im Zeichen eines singulären politischen Streithemas. In den unruhigen 1960er Jahren dominierte der Konflikt um die Rassentrennung die innenpolitische Agenda der regierenden Demokratischen Partei, in der sich Anhänger und Gegner der Segregation unversöhnlich gegenüberstanden.<sup>29</sup> Präsident *Lyndon B. Johnson* hatte seine Administration einer ambitionierten Bürger-

S. 452 – 467, S. 457 – 466; *Patricia O'Toole*, When Trumpets Call. Theodore Roosevelt after the White House, New York 2005, S. 119 – 223. Siehe außerdem *Sidney M. Milkis*, Theodore Roosevelt, the Progressive Party, and the Transformation of American Democracy, Lawrence 2011.

<sup>28</sup> Vgl. *David P. Thelen*, Robert M. La Follette and the Insurgent Spirit, Boston / Toronto 1976, S. 179 – 194; *Scott D. Johnston*, Robert La Follette and the Socialists. Aspects of the 1924 Presidential Campaign Reexamined, in: Social Science, 50. Jg. (1975), H. 2, S. 69 – 77, S. 69 – 71.

<sup>29</sup> Bereits bei der Präsidentschaftswahl 1948 war es wegen des Streits um die Segregation zu einer vorübergehenden Spaltung der Demokraten gekommen, als Teile des südstaatlichen Flügels der Partei *Harry Truman* die Gefolgschaft verweigerten und mit South Carolinas Gouverneur *Strom Thurmond* einen eigenen Kandidaten aufstellten. *Thurmond* kam zwar nur auf 2,4 Prozent der bundesweiten Stimmen, gewann aber vier Südstaaten und 39 von 531 Wahlmännerstimmen; vgl. *Kari Frederickson*, The Dixiecrat Revolt and the End of the Solid South, 1932 – 1968, Chapel Hill / London 2001, S. 150 – 186.

rechtsagenda verschrieben und so die weiße Bevölkerung in den konservativen Südstaaten, der traditionellen Hochburg der Demokraten, gegen sich aufgebracht. Bei der Präsidentschaftswahl 1968 brach *George Wallace*, früherer Gouverneur von Alabama und entschiedener Verteidiger der Segregation, mit der Partei und trat als Kandidat der neugegründeten American Independent Party an. *Wallace* konnte mit seiner rassistisch konnotierten Law-and-Order-Kampagne nicht nur bei Südstaatlern punkten, sondern traf auch den Nerv vieler weißer Arbeiter in anderen Landesteilen, die mit *Johnsons* liberaler Gesellschaftspolitik wenig anfangen konnten. Am Wahltag holte er 13,5 Prozent des „popular vote“ und gewann die Südstaaten Louisiana, Arkansas, Mississippi, Alabama und Georgia. *Wallaces* auch außerhalb des Südens überraschend starkes Abschneiden schwächte die Demokratische Partei signifikant: Ihr Kandidat *Hubert Humphrey – Johnsons* Vizepräsident – kam am Wahltag auf 42,7 Prozent und 191 von 538 Wahlmännern. Neuer Präsident wurde *Richard Nixon*, der bei den abgegebenen Stimmen zwar nur 0,7 Prozent vor *Humphrey* lag, aber dank der Spaltung der Demokraten mit 301 Stimmen einen soliden Sieg im Electoral College verzeichnen konnte. Die Wahl von 1968 gilt als historische „realignment election“<sup>30</sup>, in der die demokratische New-Deal-Koalition disintegrierte und sich der Süden nach hundertjähriger Vorherrschaft der Demokraten zunehmend den Republikanern annäherte. In der Folge gelang es der GOP, in den nächsten 24 Jahren fast durchgehend den Präsidenten zu stellen.<sup>31</sup>

Die Dominanz der Republikaner im Weißen Haus endete erst 1992 – bezeichnenderweise mit einer Wahl, die den erfolgreichsten Drittbewerber seit *Theodore Roosevelt* hervorbrachte. Der milliardenschwere Unternehmer *Ross Perot*, der nie ein politisches Amt ausgeübt hatte, gab im Frühjahr 1992 im Rahmen eines Fernsehauftritts bekannt, dass er zu einer Präsidentschaftskandidatur als Unabhängiger bereit wäre, wenn seine Anhänger ihn in jedem Bundesstaat auf den Stimmzettel bringen würden. Diese Ankündigung löste eine unerwartet große Graswurzelbewegung aus, so dass *Perot* tatsächlich in den Wahlkampf eintrat und im Verlauf des Sommers die erforderlichen Unterstützerunterschriften für einen landesweiten „ballot access“ sammeln konnte. Der politische Außenseiter aus Texas traf mit einer populistischen Kampagne, die vor allem auf TV-Präsenz setzte und seine Kritik am US-Haushaltsdefizit in den Mittelpunkt stellte, den Nerv vieler Wähler. Im Frühsommer lag er in Umfragen vor dem Republikanischen Amtsinhaber *George H. W. Bush* und dessen Demokratischen Herausforderer *Bill Clinton*, die beide mit verhältnismäßig schwachen Persönlichkeitswerten zu kämpfen hatten. Im Juli schied *Perot* überraschend aus dem Rennen aus, nur um Anfang Oktober den Wahlkampf wiederaufzunehmen. Zwar kostete ihn dieses erratische Verhalten viel Unterstützung; durch seine charismatischen Auftritte bei den TV-Debatten mit *Bush* und *Clinton* – *Perots* Teilnahme war ein Novum für einen Drittbewerber – konnte er jedoch wieder einiges an Boden gutmachen. Am Wahltag reichte es schließlich für bemerkenswerte 18,9 Prozent, die sich aufgrund der recht gleichmäßi-

30 Zu „realignment elections“ siehe *V.O. Key Jr.*, A Theory of Critical Elections, in: The Journal of Politics, 17. Jg. (1955), H. 1, S. 3 – 18. *Walter Dean Burnham* bezeichnet Wahlerfolge von Drittparteien in diesem Zusammenhang als „protorealignment phenomena“. Vgl. *Walter Dean Burnham*, Critical Elections and the Mainspring of American Politics, New York 1970, S. 27.

31 Vgl. *Dan T. Carter*, The Politics of Rage. George Wallace, the Origins of the New Conservatism, and the Transformation of American Politics, Baton Rouge 2000, S. 334 – 370; *Daniel A. Mazmanian*, a.a.O. (Fn. 22), S. 5 – 19.

gen Verteilung auf alle Landesteile allerdings nicht in Wahlmännerstimmen niederschlugen. *Clinton* wurde mit lediglich 43 Prozent, aber 370 von 538 Wahlmännern, zum neuen Präsidenten gewählt, während *Bush* mit 37,5 Prozent und 168 Stimmen im Electoral College nach nur einer Amtszeit abtreten musste. Entgegen der Kommentierung vieler Republikaner kann jedoch nicht davon gesprochen werden, dass *Perot* als „spoiler“ fungiert und *Bush* um den Sieg gebracht habe. Vielmehr zeigen Nachwahlbefragungen, dass sich die Stimmen für den Unternehmer gleichmäßig auf frühere Anhänger der beiden Großparteien verteilten.<sup>32</sup> Die Wahl von 1992 ist bis heute der letzte Urnengang, bei der ein Drittbewerber einen derart signifikanten Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte. *Perot* kandidierte 1996 ein weiteres Mal für die Präsidentschaft, scheiterte aber erneut: Statt als Unabhängiger trat er bei seinem zweiten Anlauf für die von ihm zwischenzeitlich gegründete Reform Party an, schritt mit 8,4 Prozent aber deutlich schlechter ab als vier Jahre zuvor.<sup>33</sup>

Betrachtet man die erfolgreichsten Drittbewerber der vergangenen 120 Jahre, sind zwei Befunde besonders augenfällig: Zum einen war nicht die Partei, sondern die individuelle Persönlichkeit der entscheidende Faktor für den jeweiligen Erfolg. Bei jedem der untersuchten Fallbeispiele konnte der Drittbewerber beim Einstieg in den Wahlkampf auf seiner landesweiten Bekanntheit aufbauen und führte entsprechend persönlichkeitszentrierte Kampagnen. *Roosevelt* und *La Follette* setzten dabei als prominente Vertreter des progressiven Lagers auf eine bereits klar umrissene und leicht zu mobilisierende Anhängerschaft, während *Wallace* und *Perot* von den Wählern jeweils als Individuen mit einem hochaktuellen und polarisierenden „single issue“ (1968 Segregation, 1992 Haushaltsdefizit) assoziiert wurden. Die um diese Einzelpersonen gegründeten Parteien – *Perot* trat 1992 sogar direkt als Unabhängiger an – waren wenig mehr als die organisatorischen Vehikel ihrer Ein-Mann-Kampagnen. Keiner der politischen Formationen gelang es, bei späteren Wahlen mit einem anderen Kandidaten zu reüssieren oder sich gar dauerhaft als Alternative zu Demokraten und Republikanern zu etablieren. Der zweite Faktor, der Drittbewerber in der Vergangenheit begünstigt hat, war eine politische Konstellation, bei der ein amtierender Präsident<sup>34</sup> zur Wiederwahl antrat: Nach vier Jahren im nationalen Rampenlicht bietet ein Amtsinhaber in der Regel mehr Angriffsfläche – und damit zusätzlichen Anreiz für einen Drittpartei-Herausforderer. Es gibt deutliche Indikatoren dafür, dass „third party candidates“ nicht so sehr von einer allgemeinen Verdrossenheit gegenüber beiden Großparteien profitieren, sondern vielmehr von der spezifischen Unzufriedenheit der Anhänger der Re-

32 Vgl. Steven A. Holmes, The 1992 Elections: Disappointment – News Analysis: An Eccentric but No Joke; Perot's Strong Showing Raises Questions On What Might Have Been, and Might Be, in: The New York Times vom 5. November 1992, <http://www.nytimes.com/1992/11/05/us/1992-elections-disappointment-analysis-eccentric-but-no-joke-perot-s-strong.html> (Abruf am 26. April 2017).

33 Vgl. Dean Lacy / Barry C. Burden, The Vote-Stealing and Turnout Effects of Ross Perot in the 1992 U.S. Presidential Election, in: American Journal of Political Science, 43. Jg. (1999), H. 1, S. 233 – 255, S. 250; Howard D. Gold, Third Party Voting in Presidential Elections. A Study of Perot, Anderson, and Wallace, in: Political Research Quarterly, 48. Jg. (1995), H. 4, S. 751 – 773, S. 755; Kevin A. Pirch, a.a.O. (Fn. 20), S. 36 – 41.

34 Die Präsidentschaftswahl 1968 bildet hier insofern eine Ausnahme, als Amtsinhaber *Johnson* zwar zur Wiederwahl hätte antreten dürfen, jedoch überraschend auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Sein Vizepräsident *Humphrey* trat als Bewerber der Demokraten dann mit einer Programmatisik an, die weitgehend *Johnson*s Agenda entsprach.

gierungspartei.<sup>35</sup> So ist gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung die Hemmschwelle für das Wählen eines Drittbewerbers wesentlich niedriger als die für das „Überlaufen“ zur Oppositionspartei. Dass die Unzufriedenheit mit dem personellen Angebot von Republikanern oder Demokraten keine hinreichende Bedingung für den Erfolg von Drittbewerbern ist, zeigt indes ein Blick auf 2016.

### 3. Dritte Kräfte im Wahljahr 2016

#### 3.1. Gary Johnson: Hoffnungsträger der libertären Bewegung

Die Libertarian Party wurde 1971 gegründet und steht für ein radikal-freiheitliches Staatsverständnis. Eigenverantwortung und Individualismus bilden die ideologisch tragenden Säulen libertärer Identität. Die Partei setzt sich für Bürgerrechte und Laissez-Faire-Kapitalismus ein; außerdem wirbt sie für eine nicht-interventionistische Außenpolitik. Zwar sieht sich die Libertarian Party mit knapp 500.000 registrierten Mitgliedern im Oktober 2016 heute als drittgrößte nationale Partei<sup>36</sup>, doch die schwierige Quantifizierbarkeit von „Mitgliedern“ im amerikanischen föderalen Kontext lassen derartige Angaben nur unter methodischem Vorbehalt zu. Durch gelegentliche Parteiewchsel von Republikanern zur Libertarian Party ist sie in einigen Bundesstaatsparlamenten mit wenigen Sitzen vertreten.

Der Kandidat der Libertarian Party, *Gary Johnson*, von 1995 bis 2003 Gouverneur von New Mexico, und sein „running mate“ *William Weld*, von 1991 bis 1997 Gouverneur von Massachusetts, beschreiben sich selbst als „classical liberals“<sup>37</sup> – in Abgrenzung zum bloßen „liberal“, mit dem in den USA gemeinhin das linke politische Spektrum bezeichnet wird. Beide waren vor ihrer Kandidatur Republikaner: *Johnson* bis 2011, *Weld* bis 2016. Neben der traditionellen Befürwortung möglichst weniger staatlicher Eingriffe in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich („limited government“), konzentrierte sich *Johnson* darauf, seine Regierungszeit als Gouverneur als großen haushaltspolitischen Erfolg zu verkaufen („fiscal responsibility“). Durch die Betonung staatlicher Zurückhaltung in allen Bereichen versuchten *Johnson* und *Weld* „Marktlücken“ zwischen den beiden Großparteien zu besetzen. Wirtschaftspolitisch stehen die Libertären eher den Republikanern („low taxes“, „balanced budgets“, „deregulation“), gesellschaftspolitisch eher den Demokraten („pro-choice“, „end the war on drugs“, „get the government out of the bedroom“) nahe und versuchen, damit vor allem jüngere Wähler anzusprechen.<sup>38</sup> *Johnson* betonte ferner im Wahlkampf, dass er

35 Siehe *Kevin A. Pirch*, Incumbent Failure and Partisan Strength. An Explanation of the Emergence and Support of Major Third Party Presidential Candidates in the United States, in: *The American Review of Politics*, 28 Jg. (2007), H. 2, S. 97 – 117.

36 Vgl. *Richard Winger*, New Voter Registration National Totals, in: *Ballot Access News* vom 21. November 2016, <http://ballot-access.org/2016/11/21/new-voter-registration-national-totals/> (Abruf am 24. Februar 2017).

37 *Gary Johnson*, Why I'm Running for President, CNN vom 23. Juni 2016, <http://edition.cnn.com/2016/06/09/opinions/why-running-for-president-johnson/> (Abruf am 2. November 2016).

38 Die genannten Schlagworte beziehen sich auf öffentliche Äußerungen *Johnsons*, zum Beispiel bei der TV-Debatte mit *Jill Stein* auf dem Fernsehsender PBS: „Presidential Candidates Dr. Jill Stein & Gov. Gary Johnson“, <http://www.pbs.org/wnet/tavissmiley/interviews/presidential-candidates-dr-jill-stein-gary-johnson-pt-1/> (Abruf am 3. November 2016).

und *Weld* keine „Isolationisten“ seien, die Amerika von der Welt abschotten wollten, aber dass Kriege fern der Heimat nicht im Interesse der USA seien.<sup>39</sup> *Johnson* fiel im Wahlkampf wiederholt mit Wissenslücken bei verschiedenen außenpolitischen Themen auf.<sup>40</sup>

Anders als libertäre Strömungen innerhalb der Tea-Party-Bewegung schloss sich *Gary Johnson* nicht deren Anti-Establishment-Rhetorik an. Er kritisierte im Wahlkampf zwar Demokraten und Republikaner gleichermaßen, vermeid aber scharfe Polemik gegenüber der *Obama*-Administration.<sup>41</sup> Sein Vizekandidat, *William Weld*, äußerte sich sogar dezidiert positiv über  *Clintons* Eignung für das Präsidentenamt („not sure anybody is more qualified“<sup>42</sup>). In der Öffentlichkeit wurde indes diskutiert, ob *Gary Johnson* eher *Clinton* oder *Trump* schaden würde. Im Juli 2016 sahen Wähler, die sich eher links verorteten, *Johnson* etwas positiver als Konervative.<sup>43</sup> Aufgrund der Tatsache, dass mehrere Umfragen  *Clintons* Unterstützung bei Berücksichtigung der Drittbewerber schwächer sahen, wurde angenommen, *Johnson* würde *Clinton* eher schaden als *Trump*.<sup>44</sup>

Zwar schaffte es *Johnson* in allen 50 Bundesstaaten auf den Wahlzettel; im Juni 2016 war er laut zwei unabhängig voneinander durchgeföhrten Umfragen (Morning Consult und Economist/YouGov) jedoch 61 Prozent der registrierten Wählerschaft gänzlich unbekannt. Bemerkenswert bleibt, dass rund drei von vier Unterstützern *Johnson*s ihre Stimme als Protestwahl gegen die beiden Kandidaten der Demokraten und Republikaner begriffen.<sup>45</sup> Obwohl *Gary Johnsons* Umfragewerte im Oktober 2016 sanken<sup>46</sup>, eröffnete das gleichzeitige demoskopische Absacken *Donald Trumps* Chancen für weitere Drittbewerber.<sup>47</sup>

39 Auf ihrer Wahlkampf-Website zusammengefasst als „No Nation Building. No Policing the World. More Security Here at Home“, *Johnson / Weld* 2016, Foreign Policy and National Defense, [https://www.johnsonweld.com/foreign\\_policy\\_and\\_national\\_defense](https://www.johnsonweld.com/foreign_policy_and_national_defense) (Abruf am 29. Oktober 2016).

40 Als *Johnson* bei einem Interview auf dem TV-Kanal MSNBC nicht wusste, wer oder was die syrische Stadt Aleppo ist („What is Aleppo?“), wurde die Redewendung „having an Aleppo-moment“ zum Synonym für Black-Outs. Vgl. *Daniel Strauss*, Gary Johnson is Going to Talk about Foreign Policy on Purpose, in: Politico.com vom 6. Oktober 2016, <http://www.politico.com/story/2016/10/gary-johnson-foreign-policy-chicago-229253> (Abruf am 29. Oktober 2016).

41 Vgl. *Ryan Teague Beckwith*, Read the Interview Where Gary Johnson Asked What Aleppo is, in: Time Magazine vom 8. September 2016, <http://time.com/4483779/gary-johnson-aleppo-transcript/> (Abruf am 29. Oktober 2016).

42 *William Weld* zitiert nach *Amy Davidson*, The Stakes of the Third Party Candidates, in: The New Yorker vom 17. Oktober 2016, <http://www.newyorker.com/magazine/2016/10/17/the-stakes-of-the-third-party-candidates> (Abruf am 31. Oktober 2016).

43 Vgl. *Jeffrey M. Jones*, Third-Party Candidates Johnson, Stein Largely Unknown, in: Gallup vom 5. August 2016, [http://www.gallup.com/poll/194162/third-party-candidates-johnson-stein-largely-unknown.aspx?g\\_source=gary%20johnson&g\\_medium=search&g\\_campaign=tiles](http://www.gallup.com/poll/194162/third-party-candidates-johnson-stein-largely-unknown.aspx?g_source=gary%20johnson&g_medium=search&g_campaign=tiles) (Abruf am 29. Oktober 2016).

44 Vgl. beispielhaft *John Fund*, Hillary's Hidden Burden, in: National Review vom 16. September 2016, <http://www.nationalreview.com/article/440085/gary-johnson-jill-stein-hurt-hillary-clinton-more-they-hurt-trump> (Abruf am 25. Februar 2017).

45 Vgl. *Byron Tau*, Libertarian Candidate Gary Johnson Has Low Recognition Numbers, Polls Find, in: The Wall Street Journal vom 7. Juni 2016, <http://www.wsj.com/articles/libertarian-candidate-gary-johnson-has-low-recognition-numbers-polls-find-1465330543> (Abruf am 29. Oktober 2016).

46 Vgl. *Philip Bump*, Gary Johnson's Poll Collapse is Happening, as Predicted, in: The Washington Post vom 24. Oktober 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/10/24/gary-johnsons-poll-collapse-is-happening-as-predicted/> (Abruf am 28. Oktober 2016).

47 Vgl. *Frank Newport / Andrew Dugan*, Trump's Image Slides Among Republicans, in: Gallup vom 13. Oktober 2016, <http://www.gallup.com/poll/196343/trump-image-slides-among-republicans>.

### 3.2. Jill Stein: Alternative für enttäuschte Anhänger Bernie Sanders<sup>48</sup>

Die Grüne Partei der Vereinigten Staaten wurde 1984 gegründet, als die Umweltbewegung nach institutionellen Wegen suchte, ihre politischen Ziele jenseits der bestehenden Organisationstrukturen zu verwirklichen. Wie in anderen westlichen Demokratien auch adaptierten die Grünen Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, Basisdemokratie und Pazifismus als programmatische Leitlinien.<sup>49</sup> Mit ungefähr einer Viertelmillion registrierten „Mitgliedern“<sup>50</sup> haben die Grünen zwar keine Vertreter im Kongress oder in den Parlamenten der Bundesstaaten, wirken jedoch auf kommunaler Ebene mit.

Programmatisch stand die grüne Präsidentschaftskandidatin *Jill Stein* – genau wie *Johnson* nach 2012 bereits zum zweiten Mal Bewerberin für das Weiße Haus – links vom Mainstream der Demokratischen Partei. Während sie gezielt um die Anhänger des in den Demokratischen Vorwahlen unterlegenen *Bernie Sanders* warb, kritisierte sie *Hillary Clinton* scharf. Sie äußerte sich gleichermaßen negativ bezüglich der Aussicht, *Clinton* oder *Trump* das Weiße Haus zu überlassen.<sup>51</sup> Ihre Positionen ähnelten wirtschaftspolitisch denen des selbsternannten Sozialisten *Sanders*; gesellschafts- und außenpolitisch stand sie links von ihm. Sie sprach sich für einen deutlichen Ausbau des amerikanischen Sozialstaats aus („universal health care“, „free higher education“) und äußerte Kritik am Freihandel. Im Wahlkampf prangerte sie den strukturellen Rassismus der US-Gesellschaft an, der unter anderem in Polizeigewalt seinen Ausdruck fände, und machte sich für eine progressive Strafrechtsreform stark. *Stein* betonte, dass beide Großparteien finanziellen Partikularinteressen dienten, während sie selbst für eine sozialökologische Wende in der Innenpolitik stehe. Außenpolitisch warb sie für eine drastische Reduzierung der Verteidigungsausgaben und verurteilte die Militäreinsätze der vergangenen Jahre scharf.<sup>52</sup> *Stein* zog im Wahlkampf Kritik auf sich, weil sie sich apologetisch gegenüber der russischen Außenpolitik und kritisch gegenüber der NATO geäußert hatte. Ihr Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, Menschenrechtsaktivist *Ajamu Baraka*, sorgte ebenfalls für Kontroversen, da er in der Vergangenheit *Barack Obama* mit diffamierenden Attributen („Uncle Tom president“) bedacht hatte.<sup>53</sup>

*Jill Stein* – medial weniger beachtet als *Gary Johnson* – war im Wahlkampf indes nur politisch Interessierten ein Begriff. Im Juli 2016 war sie laut einer landesweiten Umfrage von Gallup 68 Prozent der US-Bürger nicht bekannt; nur 31 Prozent gaben an, eine Meinung zu ihr zu haben.<sup>54</sup> Damit war sie deutlich unbekannter als beispielsweise *Ralph Nader*

aspx?g\_source=ELECTION\_2016&g\_medium=topic&g\_campaign=tiles (Abruf am 28. Oktober 2016).

48 Vgl. *Dave Blevins*, American Political Parties in the 21st Century, Jefferson 2006, S. 85.

49 Vgl. *Richard Winger*, a.a.O. (Fn. 36).

50 Vgl. *Clare Foran*, Can Jill Stein Lead a Revolution?, in: The Atlantic vom 28. Juli 2016, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/07/jill-stein-third-party-bernie-sanders/493292/> (Abruf am 24. Februar 2017).

51 Vgl. *Jill Stein*, Power to the People Plan, <http://www.jill2016.com/plan> (Abruf am 20. März 2017).

52 Vgl. *Tessa Stuart*, The Case Against Jill Stein, in: Rolling Stone Magazine vom 1. September 2016, <http://www.rollingstone.com/politics/features/the-case-against-jill-stein-w436362> (Abruf am 5. März 2017).

53 Vgl. *Jeffrey M. Jones*, a.a.O. (Fn. 43).

im Jahr 2000. CNN strahlte im Sommer 2016 drei Sendungen im Town Hall-Format für Drittbewerber aus, eine für *Stein / Baraka*, zwei für *Johnson / Weld*. *Stein* versuchte auch hier, sich von *Clinton* und *Trump* gleichermaßen abzusetzen und eine negative Äquivalenz von Demokraten und Republikanern herzustellen.<sup>54</sup> Gut zwei Wochen vor der Wahl standen *Stein / Baraka* bei drei Prozent landesweit.<sup>55</sup> Sie schafften es in 44 Bundesstaaten auf den Wahlzettel.

### 3.3. *Evan McMullin*: Darling der konservativen #NeverTrump-Bewegung

Besonders viel Aufmerksamkeit zog der unabhängige Kandidat *Evan McMullin* auf sich. Der ehemalige CIA-Agent im Nahen Osten<sup>56</sup>, Investmentbanker und Mitarbeiter der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus, stieg erst im August 2016 ins Rennen ein. Als in Utah geborener Mormone konnte der dort bestens vernetzte *McMullin* relativ schnell ein größeres Publikum auf Bundesstaatsebene erreichen. Er positionierte sich als Kandidat für enttäuschte Konservative, denen *Trump* nicht wählbar erschien. Sein politisches Programm lässt sich als Ansammlung klassischer Republikanischer Positionen einstufen: Steuersenkungen und Freihandel, gesellschaftspolitischer Konservativismus, starke Landesverteidigung.<sup>57</sup> *McMullin* grenzte sich besonders scharf von *Donald Trump* ab, den er als Gefahr für die Demokratie sah („I believe Donald Trump is a bona fide threat to our democracy“<sup>58</sup>) und dem er Verrat an den traditionellen Werten der GOP vorwarf.

Mitte Oktober erregte *McMullins* Kandidatur erstmals Aufmerksamkeit in den nationalen Medien. Umfragen sahen ihn in Utah zu diesem Zeitpunkt mit *Trump* und *Clinton* nahezu gleichauf.<sup>59</sup> *McMullin* selbst wurde zur Zielscheibe von *Trump*-Unterstützern, die ihn – ähnlich wie *Jill Stein* im Falle  *Clintons* – als unfreiwilligen Handlanger der Demokraten sahen, der schlimmstenfalls *Trump* den Sieg kosten könnte. *McMullin* selbst machte aus seinen geringen Chancen keinen Hehl, baute aber auf eine Theorie: Falls er so viele Wahlmänner gewinnen könnte, dass weder *Clinton* noch *Trump* die benötigten 270 Stimmen im Electoral College erreichten, würde er sich bei einer Wahl im Repräsentantenhaus als mög-

54 Vgl. *Jill Stein* bei der CNN Town Hall, <https://www.youtube.com/watch?v=lIPu31PHIH0> (Abruf am 2. März 2017).

55 Vgl. Pew Research Center, As Election Nears, Voters Divided Over Democracy and ‘Respect’, <http://www.people-press.org/2016/10/27/as-election-nears-voters-divided-over-democracy-and-respect/> (Abruf am 29. Oktober 2016).

56 Vgl. *Josh Rogin*, Inside Evan McMullin’s 10 Years Undercover in the CIA, in: The Washington Post vom 30. Oktober 2016, [https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/inside-evan-mcmullins-10-years-undercover-in-the-cia/2016/10/30/10347aa6-9d42-11e6-9980-50913d68eacb\\_story.html?utm\\_term=.fc3996c6cebd](https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/inside-evan-mcmullins-10-years-undercover-in-the-cia/2016/10/30/10347aa6-9d42-11e6-9980-50913d68eacb_story.html?utm_term=.fc3996c6cebd) (Abruf am 1. November 2016).

57 Vgl. „Evan McMullin“, in: OnTheIssues.org, [http://www.ontheissues.org/Evan\\_McMullin.htm](http://www.ontheissues.org/Evan_McMullin.htm) (Abruf am 23. März 2017).

58 *Evan McMullin* zitiert nach *Matt Canham*, Evan McMullin Tells Utah Crowd Trump is a ‘Threat to Democracy’, in: The Salt Lake Tribune vom 1. September 2016, <http://www.sltrib.com/home/4305232-155/evan-mcmullin-tells-utah-crowd-trump> (Abruf am 2. März 2017).

59 Vgl. *Mark Hensch*, Poll: Clinton, Trump and McMullin Incredibly Close in Utah, in: The Hill vom 17. Oktober 2016, <http://thehill.com/blogs/ballot-box/presidential-races/301389-poll-clinton-mcmullin-trump-virtually-tied-in-utah> (abgerufen am 2. November 2016).

licher Kompromisskandidat anbieten.<sup>60</sup> Da seine regionale Basis stärker war als zum Beispiel *Gary Johnsons*, schien der Gewinn von Wahlmännerstimmen durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen. Im Oktober, zeitgleich mit den TV-Debatten, mehrten sich dagegen die Zeichen, dass es für *McMullin* nicht zum Sieg in Utah reichen würde.<sup>61</sup> Anders als zunächst erwartet, entschied sich auch der populäre Republikaner *Mitt Romney* – ebenfalls Mormone – dagegen, *McMullin* förmlich seine Empfehlung auszusprechen. Aufgrund seines späten Starts schaffte es *McMullin* in lediglich elf Staaten auf den Wahlzettel; seine Vizekandidatin *Mindy Finn* war dort wegen der bereits abgelaufenen Fristen für die Kandidataufstellung teilweise nicht einmal als „running mate“ auf dem Stimmzettel aufgeführt.<sup>62</sup>

#### 4. Analyse des Wahlergebnisses 2016: Kein Durchbruch für Drittbewerber

Am Wahlabend konnte *Gary Johnson* bundesweit ungefähr 4,5 Millionen Stimmen für sich verbuchen, *Jill Stein* 1,5 Millionen und *Evan McMullin* gut eine dreiviertel Million (vgl. Tabelle 2). Den meisten Zuspruch erfuhren „third party candidates“ unter jüngeren Wählern: In der Gruppe der 18- bis 39-Jährigen entschied sich immerhin fast ein Zehntel für Drittbewerber, dabei insbesondere weiße Wähler.<sup>63</sup>

**Tabelle 2: Drittbewerber bei der US-Präsidentenwahl 2016**

Kandidat	Partei	Bundesweiter Stimmenanteil (in %)	Stimmen	Ausgaben (in US-\$)
<i>Gary Johnson</i>	Libertarian	3,3	4.489.221	11.611.727
<i>Jill Stein</i>	Green	1,1	1.457.216	5.274.129
<i>Evan McMullin</i>	Independent	0,5	731.788	1.632.886

Zum Vergleich: *Clinton* gab rund 563 Millionen, *Trump* 325 Millionen US-Dollar aus. Nicht einbezogen ist „outside money“, inklusive Super PACs.

Quelle: Eigene Darstellung. Daten: The New York Times, Presidential Election Results: Donald J. Trump Wins, <http://www.nytimes.com/elections/results/president> (Abruf am 2. März 2017); Federal Election Commission, 2016 Presidential Campaign Finance, <http://www.fec.gov/disclosurep/pnational.do> (Abruf am 23. Februar 2017).

Wenngleich *Gary Johnson* im August 2016 neun Prozent in nationalen Umfragen erreichte, sank diese Unterstützung bis zum Wahltag um fast zwei Drittel. Dennoch konnten *Johnson* / *Weld* das bislang beste Ergebnis in der Geschichte der Libertarian Party verbuchen. Zwar

60 Vgl. *Tessa Berenson*, Third Parties Faded to the Background in a Shocking Election, in: Time Magazine vom 9. November 2016, <http://time.com/4562735/third-parties-election-results-gary-johnson-jill-stein-evan-mcmullin/> (Abruf am 21. Februar 2017).

61 Vgl. *Benjamin Morris*, McMullin May Need A Game Changer To Win Utah, in: FiveThirtyEight vom 1. November 2016, <http://fivethirtyeight.com/features/mcmullin-may-need-a-game-changer-to-win-utah/> (Abruf am 1. November 2016).

62 Vgl. *Jack Healy*, Evan McMullin's Moonshot White House Bid Has Utah's Attention, in: The New York Times vom 14. Oktober 2016, [http://www.nytimes.com/2016/10/15/us/politics/evan-mcmullin-campaign-utah.html?\\_r=2](http://www.nytimes.com/2016/10/15/us/politics/evan-mcmullin-campaign-utah.html?_r=2) (Abruf am 1. November 2016).

63 Nachwahlbefragungen („exit polls“) subsumierten Drittbewerber unter „others“. Vgl. The New York Times, Election 2016: Exit Polls, [https://www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html?\\_r=0](https://www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html?_r=0) (Abruf am 5. März 2017).

verfehlten sie mit 3,3 Prozent die bundesweite Fünf-Prozent-Hürde für die staatliche Wahlkampffinanzierung, konnten sie jedoch in mehreren Staaten überschreiten. *Johnson* vereinigte auf Bundesstaatsebene zwischen 1,2 (Mississippi) und 9,3 Prozent (New Mexico) der Wählerstimmen auf sich. Allerdings reichte es in keinem County dazu, *Trump* oder *Clinton* auf Platz 3 zu verweisen. Bemerkenswert ist indes die geographische Konzentration seiner besten Ergebnisse auf die Staaten westlich des Mississippi. *Johnson* schnitt außerhalb seines Heimatstaats New Mexico – hier holte er sein bestes Ergebnis (13,9 Prozent) in Los Alamos County – besonders gut in den ländlich geprägten Staaten North Dakota, Alaska, Oklahoma, Montana, South Dakota, Colorado und Wyoming ab, in denen er jeweils mehr als fünf Prozent gewann. Auch Neuengland war freundliches Territorium für die Libertarian Party: In Maine übersprang sie die Fünf-Prozent-Marke und in New Hampshire und Massachusetts reichte es immerhin für 4,2 Prozent.<sup>64</sup>

Auffällig ist, dass die 20 Bundesstaaten, in denen *Johnson* die stärksten Ergebnisse holte, sich in 15 Fällen mit den erfolgreichsten Staaten *Perots* von 1992 decken. Obwohl sich beide Kandidaten in Stil und Bekanntheitsgrad unterscheiden, sind programmatische Überschneidungen offensichtlich. Auch im Falle *Johnson*s erwiesen sich Spekulationen, nach denen er eher *Clinton* schaden würde – bei *Perot* wurde stets ein negativer Effekt für *Bush* vermutet – als verfrüht, da sich das schlechtere Abschneiden der Demokratin bei Hinzuziehung der Drittparteien auf landesweite Umfragen bezog, nicht auf die entscheidenden „swing states“. Zudem deuten Nachwahlbefragungen darauf hin, dass sich *Johnson*s Unterstützer im Zweifel mehrheitlich knapp für *Trump* entschieden hätten.<sup>65</sup>

Mit 1,1 Prozent des „popular vote“ holte *Jill Stein* das erfolgreichste Ergebnis für einen Bewerber der Green Party seit *Ralph Naders* vieldiskutierter und mutmaßlich wahlentscheidender Kandidatur im Jahr 2000. *Stein* schnitt zwischen 0,2 Prozent in Georgia und 3,0 Prozent in Hawaii ab. Ihre erfolgreichsten Staaten waren Hawaii (3,0 Prozent), Oregon (2,5 Prozent) und Vermont (2,1 Prozent) – allesamt Staaten, die zu den Demokraten tendieren. Wenig überraschend ist indes, dass es insbesondere in konservativen Südstaaten wie Georgia, North Carolina, Mississippi, Alabama, Louisiana, Kentucky und Tennessee für die Green Party nur zu unterdurchschnittlichen Ergebnissen zwischen 0,2 und 0,7 Prozent reichte. Als statistische Ausreißer für *Jill Stein* sind Kansas, Alaska und Montana auffällig – also traditionell „rote“ Staaten, in denen sie mit 2,0, 1,8 und 1,6 Prozent besser abschnitt als in den meisten „blauen“ Staaten. Hier holte sie insbesondere in Counties mit einem hohen Bevölkerungsanteil amerikanischer Ureinwohner – unter denen sie aufgrund ihres umweltpolitischen Engagements beliebt ist – gute Ergebnisse.<sup>66</sup>

*Stein* musste sich im Nachgang der Wahl zwangsläufig der Frage nach dem „spoiler“-Effekt stellen, also der Frage, ob sie *Hillary Clinton* den Sieg gekostet hatte. Hätten alle *Stein*-Wähler für die Demokratin gestimmt, hätte *Clinton* tatsächlich Michigan, Wisconsin und möglicherweise – wenn auch sehr knapp – Pennsylvania gewinnen können. Eine solch

64 Zahlen der New York Times, vgl. The New York Times, Presidential Election Results: Donald J. Trump Wins, <http://www.nytimes.com/elections/results/president> (Abruf am 2. März 2017).

65 Vgl. Sasha Volokh, Gary Johnson Helped Hillary. Not by Enough, But He Did, in: The Washington Post vom 11. November 2016, [https://www.washingtonpost.com/news/volokh-conspiracy/wp/2016/11/11/gary-johnson-helped-hillary-not-by-enough-but-he-did/?utm\\_term=.a530d55215fd](https://www.washingtonpost.com/news/volokh-conspiracy/wp/2016/11/11/gary-johnson-helped-hillary-not-by-enough-but-he-did/?utm_term=.a530d55215fd) (Abruf am 25. Februar 2017).

66 Vgl. Politico, 2016 Presidential Election Results, <http://www.politico.com/2016-election/results/map/president> (Abruf am 5. März 2017).

simple Rechnung ignoriert jedoch das tatsächliche Wahlverhalten: Zum einen ist es durchaus plausibel, dass ein großer Anteil der *Stein*-Wähler ins Lager der Nichtwähler gewechselt wäre oder einem anderen Drittbewerber den Vorzug gegeben hätte. Zum anderen deuten Nachwahlbefragungen am Wahltag darauf hin, dass es auch bei einem Zwei-Personen-Rennen zwischen *Clinton* und *Trump* in Wisconsin und Pennsylvania zu einem „Unentschieden“ gekommen wäre.<sup>67</sup>

*Evan McMullin* befand sich in einer weitaus ungünstigeren Position für bundesweite Stimmenanteile, da er es durch seine späte Bewerbung in lediglich elf Staaten auf den Wahlzettel geschafft hatte. Ein konservativer Exodus Richtung *McMullin* blieb aus: Er gewann 0,5 Prozent der bundesweiten Stimmen. Erwartungsgemäß verhalf ihm seine Popularität in seiner Heimat Utah zu einem zweistelligen Ergebnis (21,5 Prozent), wenngleich *Donald Trump* den Staat mit 45 Prozent deutlicher gewann, als zunächst vermutet wurde. *McMullin* verwies *Clinton* in 15 von 29 Counties in Utah auf den dritten Platz. Auch in mehreren Counties in Idaho – mit 6,7 Prozent sein zweitbestes Ergebnis – landete er vor seiner Demokratischen Mitbewerberin.

Weshalb konnten *Johnson*, *Stein* und *McMullin* den Umstand, dass Demokraten und Republikaner zwei unpopuläre Kandidaten nominiert hatten, nicht besser nutzen? Aus dem Zusammenspiel der eingangs erläuterten institutionellen Faktoren und der spezifischen politischen Konstellation des Wahljahres 2016 erklärt sich, warum Drittbewerber nicht über niedrige einstellige Ergebnisse hinauskamen.

Die Sorge, die eigene Stimme zu „verschwenden“ und das Präsidentschaftsrennen damit in eine nicht-intendierte Richtung zu beeinflussen, wog nach wie vor schwer unter amerikanischen Wählern. So schien der demoskopische Niedergang sämtlicher Drittbewerber im Oktober weniger auf öffentlichen Fehlritten der Kandidaten als vielmehr auf dem sich nähernden Wahltag und damit abermals auf der Funktionslogik des amerikanischen Wahlsystems zu beruhen. Es überrascht daher wenig, dass *Johnson*, *Stein* und *McMullin* gerade in wahlentscheidenden „swing states“ wie Florida, Ohio, Pennsylvania oder North Carolina unterdurchschnittlich abschnitten. Daran konnte selbst die Tatsache nichts ändern, dass Drittbewerber 2016 ungewöhnlich erfolgreich beim „ballot access“ und beim Akquirieren von Geldern waren. Die Mechanismen des US-Wahlkampfs ließen auch in diesem Wahljahr wenig Spielraum für Präsidentschaftskandidaten, die außerhalb der beiden Großparteien operierten. In der medialen Berichterstattung spielten *Johnson*, *Stein* und *McMullin* nur eine marginale Rolle. In einem Wahlkampf, in dem vor allem *Donald Trump* einen Großteil der nationalen Aufmerksamkeit auf sich zog, waren die Drittbewerber und ihre Programmatik vielen Amerikanern schlicht kein Begriff, wie ihre vergleichsweise niedrigen Bekanntheitswerte belegen. Erwartungsgemäß gelang es keinem der drei, die demoskopische 15-Prozent-Hürde zu überschreiten und an den TV-Debatten teilzunehmen. So blieb ihnen die Chance verwehrt, sich als Persönlichkeit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eine Profilbildung allein über das Wahlprogramm hatte von Beginn an wenig Aussicht auf Erfolg: Die programmatiche Nähe von *Stein* zum linken Flügel der Demokraten und von *McMullin* zum moderaten Flügel der Republikaner erschwerte es ihnen, sich inhaltlich von

67 Vgl. Christopher J. Devine / Kyle C. Kopko, 5 Things You Need to Know About How Third-Party Candidates Did in 2016, in: The Washington Post vom 15. November 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/11/15/5-things-you-need-to-know-about-how-third-party-candidates-did-in-2016/> (Abruf am 20. November 2016).

der jeweiligen Großpartei abzugrenzen. Einzig *Johnson* bediente mit seinem ideologischen Konglomerat aus progressiver Gesellschaftspolitik, wirtschaftlichem Liberalismus und außenpolitischer Zurückhaltung eine vorhandene „Marktlücke“ im politischen Spektrum.

Eine Analyse der politischen Konstellation offenbart, dass das Wahljahr 2016 – anders als von vielen Beobachtern postuliert – keine sonderlich günstigen Voraussetzungen für Drittbewerber bot. Im Gegensatz zu den erfolgreichen „third party candidates“ des 20. Jahrhunderts waren *Johnson*, *Stein* und *McMullin* keine national bekannten Persönlichkeiten, denen von breiten Bevölkerungsschichten ein markantes politisches Profil zugeordnet wurde. Sie konnten weder – wie *Roosevelt* oder *La Follette* – auf ein klar definiertes Wählersegment setzen, noch wurden sie – wie *Wallace* oder *Perot* – mit einem hochaktuellen „single issue“ assoziiert. Zudem trat 2016 kein unpopulärer Amtsinhaber zur Wiederwahl an, dessen enttäuschte Anhängerschaft ins Lager der Drittparteien hätte wechseln können. Schließlich spielte auch die selbst für amerikanische Verhältnisse ungewöhnlich starke Polarisierung des politischen Diskurses eine zentrale Rolle: *Hillary Clinton* und *Donald Trump* standen für derart gegensätzliche Programmatiken, dass die persönlichen Attribute der beiden Kandidaten bei der Wahlentscheidung in den Hintergrund traten.<sup>68</sup> Entgegen anders lautender Erwartungen konnte *Trump* am Wahltag 90 Prozent der registrierten Republikaner für sich gewinnen, während *Hillary Clinton* mit 89 Prozent der Demokraten nicht besser abschnitt.<sup>69</sup> Der auf die parteipolitische Bindekrat zurückgehende Rückhalt bei der eigenen Kernclientel verhinderte, dass Drittbewerber stärker von den schwachen Persönlichkeitswerten der beiden profitierten. Auch als dezidierte Protestwahl konnten sich „third party candidates“ nur bedingt inszenieren: *Donald Trumps* scharfe Anti-Establishment-Rhetorik machte ihn selbst zur Manifestation des politischen Denkzettels.

Ohne institutionelle Reformen können Drittbewerber auch zukünftig lediglich auf die Rolle des „Züngleins an der Waage“ hoffen. Da ein Wahlsystemwechsel bei Präsidentschaftswahlen äußerst unwahrscheinlich ist<sup>70</sup>, bietet eine Herabsetzung der 15-Prozent-Hürde bei den TV-Debatten perspektivisch das größte Potential für „third party candidates“. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass Drittbewerber vor allem dann erfolgreich sind, wenn sie ihren Wahlkampf auf hohen Bekanntheitswerten aufbauen können. Einstweilen bleibt *E.E. Schattschneiders* bereits 1942 aufgestelltes Diktum jedoch ungebrochen: „Attacks on the monopoly of the major parties have produced only the most negligible results. The two-party system is therefore the Rock of Gibraltar of American politics.“<sup>71</sup>

68 Im Zuge der voranschreitenden Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern ist die abnehmende Bedeutung von Persönlichkeitswerten ein genereller Trend in amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen; siehe *Martin P. Wattenberg*, The Declining Relevance of Candidate Personal Attributes in Presidential Elections, in: *Presidential Studies Quarterly*, 46. Jg. (2016), H. 1, S. 125 – 139.

69 Vgl. *The New York Times*, a.a.O. (Fn. 63).

70 Auf Gliedstaatsebene sind Wahlsystemwechsel jedoch keineswegs illusorisch, wie das erfolgreiche Referendum zur Einführung von „ranked-choice voting“ im Sinne einer absoluten Mehrheitswahl mit Präferenzstimmgebung in Maine am 8. November 2016 bewiesen hat; vgl. Ballotpedia, Maine Ranked Choice Voting Initiative, Question 5 (2016), [https://ballotpedia.org/Maine\\_Ranked\\_Choice\\_Voting\\_Initiative,\\_Question\\_5\\_\(2016\)](https://ballotpedia.org/Maine_Ranked_Choice_Voting_Initiative,_Question_5_(2016)) (Abruf am 14. März 2017).

71 *E. E. Schattsneider*, *Party Government*, New Brunswick 2008 (orig. 1942), S. 69.